



Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0319/2008 öffentlich 13.05.2008 13.05.2008	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Erhalt der Arbeitsplätze und des Standortes der Bundesvereinigung Lebenshilfe

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, dass die schrittweise Verlagerung der Geschäftsstelle der Bundesvereinigung Lebenshilfe von Marburg nach Berlin und der massive Stellenabbau gestoppt werden.

Begründung:

Seit ihrer Gründung vor 50 Jahren hat die Bundesvereinigung Lebenshilfe ihren Sitz in Marburg. Letztes Jahr hat der Vorstand die Absicht erklärt, eine Präsenz der Lebenshilfe in Berlin aufzubauen, aber angeblich den Hauptsitz in Marburg zu belassen. Anfang d. J. wurde beschlossen, die Geschäftsführung sowie die Rechts- und Presseabteilung nach Berlin zu verlegen. Damit sollten von ursprünglich fast 90 Arbeitsplätzen noch 69 in Marburg verbleiben. Die Geschäftsführung dementierte im Januar jegliche weiteren Umzugpläne. Verdi-Gewerkschaftssekretär Jens Ahäuser bezifferte die Kosten für den ersten Teilumzug auf 700.000 Euro und erklärte damals: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich die spendenfinanzierte Bundesvereinigung auf Dauer zwei Geschäftsstellen leisten kann und will“.

Gegenwärtig sieht es so aus, als ob er Recht behalten würde. Im April wurde die Verlagerung von weiteren 18 Vollzeitstellen nach Berlin und der Abbau von 25 Arbeitsplätzen beschlossen. Damit sollen - vorerst - nur noch 26 Stellen in Marburg verbleiben. Der Stellenabbau wurde damit begründet, dass bis 2015 die Insolvenz drohe. Es ist zu befürchten, dass mit Hinweis auf die hohen Kosten, bald die vollständige Verlagerung und Streichung der verbliebenen Arbeitsplätze in Marburg erfolgen wird.

Pit Metz

Birgit Schäfer